

# Was meinen Politiker mit Wohlstand und Wachstum ?

---



Bei allem Fortschritt den jeder gerne in Anspruch nimmt, nutzt und konsumiert, sind dennoch die Beeinträchtigungen des "Homo Faber" als Spezies und an sich selbst wie auch die Zerstörung der Umwelt und Lebensgrundlagen nicht mehr zu übersehen. Selbst Ökonomen mahnen zur Umkehr. Die Ignoranz einer breiten Masse von satten Wohlstandsbürgern lässt eine Umkehr, so scheint es, erst zu, wenn es zu spät ist. Die Vorstellung von einer Wirtschaft ohne Wachstum löst bei vielen Menschen und vor allem bei Politikern Ängste aus. Bei den einen ist es die Angst vor staatlicher Überregulierung, bei anderen die Angst vor dem Wegbrechen ganzer Industriezweige. Arbeitnehmer sind bereits bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen bei Arbeitsantritt, dann mit ihrer Angst vor dem Gespenst der Arbeitslosigkeit erpressbar. Manche Unternehmerinnen und Unternehmer befürchten Einbußen bei der Rentabilität oder längere Arbeitszeiten.

Für jeden einsichtig ist, dass es in einer endlichen Welt kein unendliches Wachstum geben kann. Das gilt auch für das von der Politik als vorbehaltlos vorausgesetzte Wirtschaftswachstum, das so unantastbar erscheint. Das gilt auch für die Verbraucher und Konsumenten.

Regierungspolitiker kommen allenthalben mit alten Rezepten und mit den üblichen Parolen daher. Gefordert und gefördert werden seit Jahrzehnten Maßnahmen, um Wachstum und Beschäftigung zu erzeugen. Seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten schon, boomt die deutsche Wirtschaft. Die Kollateralschäden dieses Wachstums werden geflissentlich übersehen. Deutschland geht es anscheinend sehr gut, mit erheblichen Handelsbilanzüberschüssen - auf Kosten anderer europäischer Nationen. Konzerne veröffentlichen jedes Jahr gigantische Wachstumszahlen, nicht selten folgt die Ankündigung von Massenentlassungen. Der Wirtschaftsboom in Deutschland ist nur auf Kosten vieler Opfer im In- und Ausland möglich. Ist dieser Wohlstand in der Bevölkerung überhaupt jemals angekommen? Jedenfalls nicht in den sozialen Berufen, dort wo sich Menschen um Menschen kümmern. Die Zahl der "Tafeln", wo sich notleidende Bürgerinnen und Bürger versorgen, hat vor allem in den Ballungszentren rapide zugenommen. Was einer großen Zahl von Bürgern bleibt, ist eine diese in Mode gekommene Austeritätspolitik, Lohndumping, wie auch der Verlust von tariflich abgesicherten Arbeitsverträgen. Unternehmen lassen einen Teil des Lohnes für die Erwerbsarbeit ihrer sogenannten "Aufstocker" vom Staat bezahlen. Sie nutzen hierzulande den Standortvorteil für die eigene Ge-

winnerzielung, vermeiden jedoch mit hauseigenen Steuervermeidungsabteilungen, wo es geht, ihre Steuern zu entrichten, indem sie die Gewinne ins Ausland verlagern. Ganz schön clever dieses Wachstum, aber asozial. Die Politik schaut dabei zu, denn sie zeigt sich der Wirtschaft gegenüber erpressbar, wenn das Schlagwort vom Wachstum oder Beschäftigung eingeführt wird.

Eine Debatte um die Frage des Wachstums, die Art des Produzierens und Konsumierens ist dringend notwendig, weil unsere jetzige Art des Wirtschaftens immer größere Ungleichheit und Umweltzerstörungen von globalem Ausmaß zur Folge hat. Dies berührt auch die Frage nach dem "(ge-)rechten" Maß.

Wie können wir auch in der Zukunft Waren produzieren und konsumieren, ohne unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören, ohne einen Großteil der Menschheit in Hunger und Elend zu stürzen und die Menschen in den Wohlstandsregionen mit noch weiterer Beschleunigung nicht noch weiter zu überfordern? Was können wir unter diesen Voraussetzungen mit Parteiprogrammen, die auf Wachstum setzen, dabei noch anfangen? Dabei wünschen sich doch 88 Prozent der Bürger in Deutschland eine andere Wirtschaftsordnung.<sup>1</sup>

## Wachstumswang

Eine kapitalistische Marktwirtschaft muss wachsen, sonst geht sie zugrunde - Wer nicht wächst, der stirbt – und diese Postulate von der Bundeskanzlerin Merkel noch weiter zugespitzt: "Ohne Wachstum ist alles nichts". Wachstum als Selbstzweck!

Vermögen können nur bis zu einer bestimmten Größe in Bezug auf die Wirtschaftsleistung vermehrt werden. Heute übersteigen weltweit die Vermögen die Wirtschaftsleistung das Dreifache der Weltwirtschaftsleistung. Das bedeutet, dass das Kapital in der Realwirtschaft gar nicht mehr investiert werden kann. Investitionen sind so nur über Spekulationen möglich, sogenannte Finanzprodukte (Casino-Kapitalismus, Blasenbildung). Wenn auf diese Weise die Wirtschaft noch weiter wächst, müsste die komplette Wertschöpfung / Wirtschaftsleistung aus der Realwirtschaft aufgewendet werden, um den Renditehunger zu stillen. Für Arbeitseinkommen, d.h. für Leistungseinkommen, bleibt immer weniger und am Ende nichts mehr übrig.

---

Nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung, in: Zeit Online, 15.08.2012, <http://www.zeit.de/wirtschaft/2012-08/umfrage-deutschland-wirtschaftsordnung> (mit 123 Kommentaren).

Die "Boston-Consulting-Group" (**BSG**), die nur Großkonzerne und Regierungen berät, fordert für die gesamte Euro-Zone eine **Finanzvermögenssteuer** auf die Vermögenssubstanz in Höhe von **34 Prozent**. Diese Forderung resultiert aus der Erkenntnis, dass die Summe aus allen Vermögen und Schulden insgesamt Null beträgt. Gesamtwirtschaftlich können auch Schulden deshalb nicht unendlich wachsen. Wenn jetzt die Vermögen um ein vielfaches die Schulden übersteigen, ist irgendwas oder jemand seriell in der Insolvenz: Haushalte, natürliche Personen, Unternehmen oder die Staaten. Wie die Schulden, können auch Vermögen nicht unendlich wachsen. In einer Volkswirtschaft gibt es rein mathematisch, ganz zu schweigen von ökologischen und moralischen Argumenten, absolute Höchstgrenzen für Vermögen und Schulden. Eine Schuldenbremse bedingt eine Vermögensbremse und eine Vermögensbremse bedingt eine Schuldenbremse.

Wenn man heute im System mit einer Schuldenbremse einführen möchte, gilt das realpolitisch als vernünftig; jedoch wenn jemand umgekehrt, mit einer Vermögensbremse zu beginnen vorschlägt, folgt auf dem Fuße das Etikett des Kommunisten. Wenn die Bremse nun überhaupt nicht eingebaut wird, kommt es von der einen oder anderen Seite rein faktisch zu einem Einbruch. Wenn Vermögen nicht begrenzt werden, wird es zu einem dramatischen Schuldeneinbruch und einem ebenso dramatischen Vermögensschnitt kommen.

Das möchte die Wirtschaftsreformbewegung "Gemeinwohl-Ökonomie" verhindern wie auch die "Boston-Consulting-Group". Wieso dann nicht die Vermögen besteuern, um die Schulden zurückzahlen um einem "Crash" aus dem Wege zu gehen. Während die BSG das mit einem Schlag machen will, namentlich mit der 34 Prozent Vermögenssteuerschnitt, möchte die Gemeinwohl-Ökonomie einzelne Schritte abgestuft auf den Weg bringen, mit maximal 1-2 Prozent der durchschnittlichen Vermögenssubstanz.

In der Makroökonomie wird schon seit Jahren über die Möglichkeit einer Wirtschaft ohne Wachstum gestritten. Auf Unternehmensebene ist eine ähnliche Diskussion bislang jedoch ausgeblieben. Hier nimmt das Wachstum klassischer betriebswirtschaftlicher Kennzahlen nach wie vor eine zentrale Rolle ein, vor allem als Indiz für die Wettbewerbsfähigkeit: Jede Umsatzsteigerung wird in Pressemitteilungen hervorgehoben, jeder Rückgang möglichst verschwiegen – aus Angst vor fallenden Börsenkursen oder teuren Krediten.

Der Wachstumsdruck ist bei Kapitalgesellschaften am höchsten, vor allem bei Aktiengesellschaften. Bei Personengesellschaften, also vor allem bei mittelständischen Familienbetrieben, ist er im Regelfall niedriger, weil es bei den Anteilseignern im Regelfall eine höhere Identifikation gibt. Bei Genossenschaf-

ten, Stiftungsunternehmen oder Betrieben im sozialen Bereich steht der Zweck des Unternehmens im Mittelpunkt und nicht so sehr Gewinnerzielung oder das Wachstum. Bauern sind schon Jahrzehnte, bisher in den meisten Fällen bis zur Betriebsaufgabe, Wachstumszwängen ausgesetzt, die sie selbst nicht mehr beeinflussen können.

## **„Wachstumsneutrale Unternehmen“**

Wenn eine Unternehmerin oder Unternehmer über den Jahresabschluss des eigenen Unternehmens redet, über Eigenkapitalquoten und Gewinnerwartungen, dann tun sie das vor allem, weil sie vermeintlich "müssen". Das hat sich in den Köpfen von Politikern und Unternehmern soweit festgesetzt, dass der Zwang zum Wachsen nicht hinterfragt wird. Doch längst nicht alle Unternehmen beugen sich diesem vermeintlichen Zwang, denn es gibt Chefs, die entscheiden sich sogar bewusst dagegen. Sie wollen so etwas wie Umsätze, Gewinne oder Mitarbeiterzahlen nicht mehr noch weiter aufblähen. Sie halten ein rein quantitatives Wachstum für schädlich – und suchen sich daher neben der Gewinnerzielung noch andere Ziele, auch wenn sie die übliche betriebswirtschaftliche Seite dabei nicht gänzlich ausklammern.

Wissenschaftliche Studien zu diesem Thema sind rar. Im Dezember veröffentlichte das Berliner Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) eine Pilotstudie über zehn sogenannte „wachstumsneutrale Unternehmen“.<sup>2</sup> Diese Unternehmen sind so gut, dass sie es sich leisten können, nicht wachsen zu müssen. Deren Gemeinsamkeit: Für sie steht eine Zunahme „betriebswirtschaftlicher Kennzahlen wie Umsatz, Gewinn oder Mitarbeiterzahl nicht im Mittelpunkt“. Die untersuchten Unternehmen – von der Druckerei bis zum IT-Dienstleister – setzen andere Prioritäten. Manche wollen vor allem die regionale Wirtschaft stärken und nur hochwertige Produkte anbieten.

---

<sup>2</sup> FAZ-Online, Wachstumsneutrale Unternehmen Die Firmen, die nicht wachsen wollen, Viele Management-Ratgeber erheben Wachstum quasi zum Selbstzweck eines Unternehmens. Doch nicht alle Firmenchefs wollen da mitmachen, 26.09.2014 von Lukas Koschnitzke, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/wirtschaft-ohne-wachstum-wer-nicht-waechst-der-stirbt-13173852.html>

## Notwendigkeit von Grenzen

Immer öfter fällt der Begriff von einer "**Postwachstumsökonomie**" mit der durchaus ein Umdenken zu erkennen ist, ganz im Sinne von Papst Benedikt XVI., der uns nahelegte, anzuerkennen, dass die natürliche Umwelt voller Wunden ist, die durch unser unverantwortliches Verhalten hervorgerufen sind. Auch die **soziale Umwelt** hat ihre Verwundungen. Doch sie alle sind letztlich auf dasselbe Übel zurückzuführen, nämlich auf die Idee, dass es keine unbestreitbaren Wahrheiten gibt, die unser Leben lenken. Das Faustrecht der noch herrschenden Art und Weise des Wirtschaftens wird eines in einer von neuem aufgeklärten Zeit einer düsteren Epoche zugerechnet werden, wie der Manchester-Kapitalismus ab der Mitte des 18. Jahrhunderts. Man vergisst, dass „der Mensch [...] nicht nur sich selbst machende Freiheit[ist]. Der Mensch macht sich nicht selbst. Er ist Geist und Wille, aber er ist auch Natur“.<sup>3</sup>

## Fazit

Nur "Wohlständler" können zufrieden sein, wenn so-und-soviele andere innerhalb und außerhalb des eigenen Landes strukturell vom Wohlstand ausgeschlossen sind, .... aber mit welchem Gewissen? Dort wo immenser Reichtum anzutreffen ist, wird mit zartfühlender Kunst all das verhüllt, was das Auge der Bourgeoisie beleidigen könnte. "Ausschluss" bleibt für beide Seite so ein unsichtbares Phänomen, mit dem man sich auf diese Weise nicht mehr auseinandersetzen muss. Doch die Menschenwürde "aller" ist und bleibt unantastbar!

Die Zielgruppe, wenn politischen Parteien den Begriff "Wachstum" bemühen, könnten neben den Profiteuren auch die vom Wohlstand ausgeschlossenen Bürger sein, die glauben sollen, dass es ihnen mit wirtschaftlichem Wachstum besser ginge. Wer anders, als die Säulen der Gesellschaft sollen vom Wachstums profitieren, namentlich große Konzerne? Solange es noch eine "Soziale Marktwirtschaft" gab, haben am Wachstum nahezu alle partizipiert. Das hat sich seit Ende der 1970er Jahre zu Lasten der Verbraucher, Konsumenten und Arbeitnehmer und auch der Umwelt nachhaltig geändert.

Trotz dieser Feststellungen behalten Innovationen und der Fortschritt ihren angemessenen Platz, jedoch nicht die noch exzessiv gewährten wirtschaftlichen Freiheiten. Die "unsichtbare", einen freien Markt regulierende Hand" des Adam SMITH, hat vielleicht damals in jener Lebenszeit eines Adam SMITH funktioniert. Die Praxis heute zeigt nun, in einer globalisierten Casino-

---

<sup>3</sup> Ansprache an den Deutschen Bundestag in Berlin (22. September 2011): L'Osservatore Romano(dt.) Jg. 41, Nr. 39 (30. September 2011), S. 5; AAS 103 (2011), S. 664.

Wirtschaft, mit Unternehmens-Netzwerken, welche die Nationen übergreifen, dass die "unsichtbare Hand" des Adam SMITH die ihr immer noch zugeschriebene Funktion nicht erfüllt. Es fehlt nach wie vor an einem wissenschaftlichen Beweis dieser These von Adam SMITH. Bewiesen ist jedoch, dass eine entfesselte wirtschaftliche Freiheit sich ihren eigenen Prinzipien entledigen muss.

Unternehmen, die sich dem Wachstum und Gewinnerzielung nicht absolut unterwerfen: Mittelstand, Familienbetriebe, Genossenschaften, Stiftungsunternehmen, Sozialbetriebe und kommunale Unternehmen, sollten vom Staat stärker als Kapitalgesellschaften gefördert werden.

Verbraucher und Konsumenten in einer Postwachstumsökonomie legen ihr Augenmerk eher auf "Gut leben, statt "Viel haben". Sie überlegen sich, was sie vom 12. Paar Schuhe, von einem noch größeren Auto, oder von noch anderem Schnickschnack wirklich haben, was sie wirklich glücklich machen könnte.

## Links:

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/ttip-mehr-wachstum-bedeutet-nicht-zwangslaeufig-mehr-wohlstand-1.2090560>

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/ttip-mehr-wachstum-bedeutet-nicht-zwangslaeufig-mehr-wohlstand-1.2090560-2>

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/von-wirtschaftswachstum-bis-schadenersatz-ttip-in-zahlen-1.2085069>

